

Die Sozialproteste waren dabei in Rostock. Und sie waren am richtigen Ort!

Von Dresden über Berlin nach Rostock

Ein besonderer Beitrag zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel durch die Sozialproteste begann schon einige Tage vor dem eigentlichen Ereignis: Die Beteiligung von MitstreiterInnen an der Ostroute der Euromärsche und die Unterstützung durch Sozialbündnisse vor Ort. Von Dresden führte der Weg über Berlin und die „Freie Heide“ nach Rostock.

Nach einem Aktionstag in Dresden am 26. Mai brach am 27. Mai ein gutes Dutzend RadfahrerInnen mitsamt zweier PKWs als Begleitfahrzeuge von Dresden aus auf. In Finsterwalde, Jüterbog und Zossen wurden sie durch die MitstreiterInnen vor Ort empfangen und standen den Lokalzeitungen Rede und Antwort. Der Zusammenhang von Hartz IV und G8 war von Interesse und nicht jedem Redakteur von Anfang an bewusst. Exemplarisch findet Ihr unter diesem Bericht einen Zeitungsartikel aus der Märkischen Allgemeinen Zeitung. In Berlin fand ein weiterer Zwischenstopp statt, ein Austausch mit Berliner Erwerbslosengruppen. Anschließend gab es eine Begegnung mit der Berliner Polizei, welche einen Vorgeschmack auf die G8-Hysterie gab (<http://www.elo-forum.net/aktionen/aktionen/-20070530553.html>). Auch der Protest gegen das sogenannte Bombodrom bei Wittstock/Ruppin (<http://www.g8andwar.de> bzw. www.freieheide.de) wurde unterstützt, um einen Beitrag zu leisten, jegliche Kriegsvorbereitungen zu verhindern. Das Engagement für eine solidarische Gesellschaft und die Dringlichkeit der Anliegen der Sozialproteste wurde auf diese Weise mehr Menschen bewusst.

Nicht nur in den lokalen Zeitungen, sondern während der gesamten Zeit brachte der Tross von zuletzt 20 Fahrrädern das Thema G8 in Regionen, die normalerweise, von üblicherweise gefilterten Medienberichten abgesehen, weitgehend unberührt sind von einer kritischen Betrachtung dieser Themen. Überall auf der Durchfahrt wurde die engagierte, freundliche Schar von FahrradfahrerInnen ebenso freundlich begrüßt und über weite Strecken zur Verkehrsicherung von Polizeistreifen begleitet.

Auftakt am 2. Juni in Rostock

Mehr als 80.000 Menschen demonstrierten in Rostock gegen die Politik der G8-Staaten. Aus sehr vielen Städten in der BRD waren viele Busse nach Rostock aufgebrochen, Sonderzüge und viele Menschen, die sich individuell auf den Weg gemacht hatten. Zusätzlich war eine große Zahl aus europäischen und außereuropäischen Ländern dabei. In Deutschland kam der letzte zündende Funke für eine gewaltige Mobilisierung durch die Kriminalisierungsversuche durch bundesweite Razzien nach dem Terrorismusparagraf 129a vom 9. Mai und die weitere Hysterie in den Medien hinzu.

Aus den unterschiedlichsten politischen und sozialen Bewegungen kam zur Auftaktdemonstration in Rostock ein Spektrum zusammen, wie es bunter nicht sein konnte. Menschen aus den verschiedensten sozialen Bewegungen, die den Rest des Jahres an unterschiedlichen Fronten gegen die Politik der G8 und der Arbeitgeber, gegen Umwelterstörung und Krieg kämpfen. Und eine von vielen Farben waren die Sozialproteste. Viele MitstreiterInnen des Kampfes gegen Hartz IV und Agenda 2010, welche zuvor nicht bei solchen Ereignissen dabei gewesen wären, waren unter den Demonstrierenden. Und obwohl der Ablauf der Demonstration sich durch heftigste Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrationsteilnehmerInnen sehr schwierig gestaltete, blieben die Sozialproteste die ganze Zeit bis zum Ende der Kundgebung am Rostocker Stadthafen dabei. Die Ernsthaftigkeit des Kampfes gegen Hartz IV bewirkte wahrscheinlich diese Entschlossenheit.

G8 und Hartz IV

Der Internationale Währungsfond (IWF) empfiehlt für Deutschland die Reduzierung der Arbeitslöhne um 30 Prozent, und die Politik gegen die Erwerbslosen ist ein wichtiger Baustein dazu. Wo Erwerbslosigkeit zum individuellen Schrecken wird, lassen sich beliebige Hungerlöhne durchsetzen. **Direkt betroffen sind die Erwerbslosen, das Angriffsziel sind die Erwerbstätigen und die Kampfkraft der Gewerkschaften.** Sozialabbau bedeutet Lohnabbau. Um gegen diese weltweite Politik der Arbeitgeber vorzugehen, demonstrierten die Sozialproteste Seite an Seite mit allen anderen sozialen Bewegungen gegen die menschen-, umweltfeindliche und kriegerische Politik der G8-Staaten.

Gleiche soziale Rechte für alle überall!

Auch an den Veranstaltungen am Aktionstag „Flucht und Migration“ am 4. Juni, zu dessen Mitaufzählern das Aktionsbündnis Sozialproteste gehörte¹, nahmen viele MitstreiterInnen der Sozialproteste teil. Den Sozialprotesten ist klar, dass die unmenschlichen Ausländergesetze die Funktion haben, Menschen durch Verfolgung und Unsicherheit aus der normalen Gesellschaft heraus in informelle, schlechtest bezahlte Arbeit ohne jegliche Rechte hinein zu drängen und so zur Niedrigstlohnkonkurrenz zu zwingen. So setzt z.B. die neue, sogenannte Bleiberechtsregelung Flüchtlinge in Deutschland unter Druck, innerhalb von zwei Jahren irgend eine noch so schlecht bezahlte Arbeit zu beliebig schlechten Bedingungen anzunehmen, damit sie nicht in Hunger und Krieg abgeschoben werden. Die Sozialproteste unterstützen die Forderungen der Flüchtlinge nach Legalisierung, nach Aufnahme ohne Vorbehalt und

¹ www.g8-migration.net.tf, Aufruf unter <http://www.systemausfall.org/g8-migration/de/aufruf.html>

mit allen Rechten in die Gesellschaft des jeweiligen Industriestaates. Weder Alg II-Empfänger noch Menschen aus anderen Ländern dürfen durch die verschiedenen abenteuerlichen Gesetzeskonstruktionen der Hartz-Parteien zur Lohndrückerei gezwungen werden. Diese Gesellschaft ist reich genug. Beim Kampf der Sozialproteste geht es um einen neuen, demokratischen Sozialstaat, nämlich darum, dass eine klare Festlegung getroffen werden muss, dass ein Mensch mindestens zum Mindestlohn arbeiten können muss bzw. das Leben in Erwerbslosigkeit mit Hilfe einer menschenwürdigen Grundsicherung weitgehende demokratische Teilhabe in dieser Gesellschaft erlaubt. Eine Regelsatzerhöhung auf 500 Euro, repressionsfrei, und ein Mindestlohn von 10 Euro/Stunde ist die klare Konsequenz aus dieser Einsicht.

Weder Erwerbslosigkeit noch Flüchtlingsstatus dürfen bedeuten, dass sich Menschen mit entrechteten Lebens- und Arbeitsverhältnissen und Lohnverzicht begnügen müssen.

Weitere Schlaglichter auf die Ereignisse vor Ort:

Der Aktionstag am 4. Juni war durch Eskalationsversuche der Polizei überschattet. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass an diesem Tag die oberste Polizeiführung "Kavala" mit stets zunehmender Schärfe und Dreistigkeit das Ziel hatte, eine unüberlegte Reaktion durch die Demonstranten zu provozieren. Dies versuchte sie durch willkürliches Herausgreifen von einzelnen Personen aus den Veranstaltungen und Demonstrationen durch gewalttätige Greiftrupps, durch Bedrängen der Veranstaltungen, dadurch, dass sie eine Stimmung von Ausnahmezustand verbreitete, indem sie etliche Wasserwerfer ohne jeden Grund mit Blaulicht durch die Stadt rasen ließ und durch ebenso willkürliches, vollständig unmotiviertes und auch nicht polizeilich dokumentiertes Versprühen von Pfefferspray gegen einzelne BesucherInnen der Veranstaltungen. Versuchte die oberste Polizeiführung "Kavala" durch diese Provokationen und Demütigungen im Verborgenen, die Wut zum Explodieren zu bringen, um weiteren Auflagen und auch Gesetzesänderungen wie dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren den Weg zu bahnen, welche derzeit durch Verfassungsbruch versucht werden, vorweg zu nehmen? Sie hatte auf jeden Fall bei allen 10.000 an diesem Tag im Stadtgebiet aktiven Protestierenden aus den unterschiedlichsten Spektren keinen Erfolg. Die Demonstration am Nachmittag des 4. Juni war die größte Demonstration für globale Bewegungsfreiheit, die die Bundesrepublik Deutschland bisher gesehen hat. Das Anliegen war zu ernsthaft, um sich einen Fehler zu erlauben, die Entschlossenheit der Menschen war zu stark, um der Führungsgruppe Kavala aus Ordnungsbehörde und Polizeiführung, welche den Polizeiapparat zu diesem Zweck missbrauchte, auf den Leim zu gehen.

Bei den **Aktivitäten im Rahmen des Block G8-Konzeptes vom 6. bis 8. Juni** überzeugten die Protestierenden dann die Öffentlichkeit durch ihre Schläue und Entschlossenheit: Das Gipfeltreffen war für die infrastrukturelle Versorgung über den Landweg von der Außenwelt abgeschnitten. Die G8 mussten auf den See- und Luftweg ausweichen.

Dass auch noch ein aus Bremen bekannter, vermummter Zivilpolizist die Aktiven der sozialen Bewegungen bei den Blockaden mit den Worten "Rauf auf die Bullen!" zum Werfen von Steinen animieren wollte², ist angesichts der schon beschriebenen Provokationen der Polizei- und Verfolgungsbehörden der vergangenen Wochen nur noch eine Fußnote wert.

Die Entschuldungsfrage: Woher nehmen und nicht stehlen?

Die Globalisierungskritiker fordern eine Entschuldung der sogenannten Dritt-Welt-Staaten durch die Industrieländer. Bedeutet dies nicht, dass sich weniger Geld z.B. in dem bundesdeutschen Haushalt befinden wird?

Die Verhältnisse liegen recht kompliziert. Wir möchten aber versuchen, auf diese Frage eine erste Antwort zu geben:

Wieviel Geld sich in den bundesdeutschen Haushaltskassen befindet, ist in erster Linie, mit größtem Gewicht, eine Frage der Steuergesetzgebung hierzulande, vor allem eine Frage der Besteuerung der Unternehmen, der hohen und höchsten Einkommen. Es geht also um die Verteilung des bundesdeutschen Brutto-Sozialproduktes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, auf dem Wege von Produktion und Lohnauszahlung und auf dem Wege der Sekundärverteilung, also durch Besteuerung.

Auf der anderen Seite: Wenn endlich - ohne Gegenleistung, weil durch Rückzahlungen ohnehin längst zuviel aus den Schuldnerländern herausgepresst wurde - die Schulden der ärmeren Länder gestundet sind, dann ist auch dort mehr Geld für einen demokratischen Sozialstaat vorhanden, dann werden auch dort die Lebens- und Arbeitsverhältnisse nicht weiter durch Sozialabbau, durch Verknappung und Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Existenzängste der Menschen gedrückt werden können. Dann wird dem weltweiten Lohndumping, welches immer wieder als unvermeidliche Folge der Globalisierung vorgegaukelt wird, Schritt für Schritt Einhalt geboten werden können. Daher müssen auch die sogenannten Strukturprogramme von IWF und Weltbank, welche immer wieder Kredite an die

² Berichte auf www.spiegel.de: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,487554,00.html , http://www.welt.de/politik/article931690/Der_Polizist_der_Rauf_auf_die_Bullen_schrie.html , <http://www.jungewelt.de/2007/06-09/049.php> und <http://www.mvregio.de/mvr/39336.html>

Forderung nach einem schlanken Staat, also geringen Ausgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge und geringe Steuern, koppeln, durch die Sozialproteste abgelehnt werden.

Sozialabbau bedeutet Lohndumping. Hier und in der ganzen Welt. Das haben wir durch Hartz IV gelernt.

In diesem Sinne schlossen sich die Sozialproteste auf den Demonstrationen in Rostock der breitgetragenen Parole der globalisierungskritischen, der "Bewegung der Bewegungen", an:
Hoch die internationale Solidarität!

Bericht von Edgar Schu, Juni 07

für Rückfragen, Email: edgar.schu@die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 9964381

Aus der Märkischen Allgemeinen vom 30.05.2007:

Unterwegs zu den Mächtigen

Europamarschierer wurden in Jüterbog empfangen und versorgt

MATTHIAS BUTSCH

JÜTERBOG Wieder einmal Montagsdemo-Stimmung in Jüterbog. Trillerpfeifend, fahنشwenkend und mit lauten Sprüchen zieht am Pfingstmontag eine Schar Radler und Marschierer durch die Stadt zum Markt. "Die wollen bis an die Küste", sagt einer am Straßenrand, "da wo die Mächtigen tagen". Tatsächlich machen die Demonstranten ihr Ziel und ihre Ziele auf Spruchbändern und Plakaten deutlich – "Gegen Existenzunsicherheit, Armut und Ausgrenzung – quer durch Europa nach Heiligendamm." An der Küste, erst einmal in Rostock, sollen sich drei aus ganz Europa kommenden Marschsäulen vereinen. Dort findet dann am 2. Juni eine Großdemonstration gegen das eine Woche später stattfindende G 8-Gipfeltreffen in Heiligendamm statt. Tausende wollen sich dort zum Protest unter dem Motto "Gleiche Rechte für alle" vereinen.

Etwa 20 Leute sind es, die am 26. Mai in Dresden starteten, am 27. Mai in Finsterwalde Station machten und am Montag in Jüterbog von den Vertretern des Bündnisses gegen Sozialabbau an der Stadtgrenze empfangen werden. Auf dem Markt begrüßen sie Jüterboger Montagsdemonstranten und einige Neugierige. Michael Maurer vom Jüterboger Bündnis heißt sie willkommen, begrüßt auch die beiden einzigen teilnehmenden Politiker, Maritta Böttcher und Kornelia Wehlan von der Linkspartei-PDS. Maritta Böttcher ergreift auch das Wort und wendet sich unter anderem gegen die von der Bundesregierung betriebene Kriminalisierung der protestierenden Globalisierungsgegner. Vielmehr würden die Maßnahmen zum Schutz des Gipfeltreffens in Heiligendamm vor Demonstranten gegen jegliche demokratischen Grundrechte der Bürger Europas verstoßen. Trotzdem mahnte sie die Marschierer, stets friedlich und ohne Gewalt zu demonstrieren.

"Die Protestbewegung in Heiligendamm wird sehr breit sein, es wird unterschiedliche Aktionsformen geben. Wir zielen aber vor allem auf Kommunikation und Verständigung", erklärt daraufhin Edgar Schu gegenüber der MAZ. Der junge Mann ist Sprecher des bundesweiten Aktionsbündnisses Sozialproteste (ABSP) und Mitorganisator der Märsche. Er versucht auch, seinen Gesprächspartnern auf dem Jüterboger Marktplatz Zusammenhängen von G 8-Gipfel und der Sozialpolitik hierzulande deutlich zu machen. So empfehle der Internationale Währungsfonds, der die Politik in den G 8-Staaten weitestgehend beeinflusst, dass in der BRD der Lohn um 30 Prozent runter müsse. "Hartz-IV ist jetzt schon Mittel zu diesem Zweck", meint Edgar Schu, "direkt betroffen sind erst einmal die Arbeitslosen, gemeint sind aber die Erwerbstätigen."

Es wird aber nicht nur heiß diskutiert auf dem Marktplatz. Rezitationen, Lieder und auch Speis und Trank runden das Programm ab. Am Abend geht es zum Rockkonzert in die alte Schauburg in Jüterbog. Und tags darauf, beim Abbau der Zelte auf dem Jüterboger Rohrteich-Sportplatz sind die Marschierer des Lobes voll für diesen Empfang in Jüterbog. Ihr Weg führt sie weiter über Zossen, Berlin, Neuruppin und die Freie Heide nach Rostock und Heiligendamm.